A 008
Lfd.-Nr. 1181

DGB Bezirksvorstand Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Für eine Zukunft mit Gerechtigkeit, Arbeit und Lebensqualität

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Erledigt durch Annahme von Antrag A 001

~~*Gute und sichere Arbeitsplätze mit existenzsichernden Einkommen, eine angemessene soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter gleichermaßen für Frauen und Männer. Eine ausreichende und gerechte Finanzierung der öffentlichen Haushalte sowie eine nachhaltige Entwicklung von Industrie, Dienstleistungen und Handwerk – dies sind die elementaren Grundlagen von individueller Freiheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Wohlstand. Sie sind allerdings nicht für alle Menschen in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt gegeben. Deshalb treten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für einen grundlegenden Politikwechsel ein. Die zentralen Elemente dieser neuen Politik für Gerechtigkeit und Wohlstand sind: Gute Arbeit für alle; Soziale Sicherheit in allen Lebenslagen; Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst, Nachhaltige Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik, Öffentliche Haushalte angemessen und gerecht finanzieren.*~~

–

~~*Gute Arbeit für alle*~~

~~*Arbeit ist Quelle des gesellschaftlichen Reichtums und Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Qualifizierte Erwerbsarbeit dient nicht nur der Existenzsicherung, sondern auch der Anerkennung der Person und der Selbstverwirklichung. Anhaltende Arbeitslosigkeit ist ein Schlag gegen die Menschenwürde. Zentrale politische Gestaltungsaufgabe ist daher die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.*~~

~~*Erwerbsarbeit zu guten Bedingungen ist ein Menschenrecht. Im Kapitalismus ist die Gewährleistung dieses Rechtes jedoch immer umstritten: Der einzelne Beschäftigte ist dem Unternehmer strukturell unterlegen. Durch den Zusammenschluss der Beschäftigten in Gewerkschaften wird ein notwendiges Gegengewicht zur ansonsten unbeschränkten Verfügungsmacht der Unternehmen geschaffen.*~~

~~*Tarifverträge sind unverzichtbare Instrumente, um für alle Beschäftigten einer Branche menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erreichen. Ohne geltende Tarifverträge sind der Ausbeutung der Beschäftigten Tür und Tor geöffnet. Im Zuge der Deregulierung des Arbeitsmarktes sind tariflich gesicherte*~~

~~*Normalarbeitsverhältnisse jedoch deutlich zurückgegangen. Immer mehr Beschäftige finden nur prekäre Jobs mit niedrigen Löhnen ohne Perspektive. Das Zusammenspiel von neoliberaler Arbeitsmarktpolitik (Hartz-Gesetze) und bestehender Massenarbeitslosigkeit hat die Beschäftigten in den letzten Jahren immer mehr unter Druck gesetzt. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte sind die Reallöhne sogar im Aufschwung gesunken. Ungleichheit und Unsicherheit haben massiv zugenommen.*~~

~~*Dabei war die Deregulierung des Arbeitsmarktes auch kein Beschäftigungserfolg. Seit dem Jahr 2000 wurden in Deutschland 1,4 Millionen Vollzeitstellen abgebaut. Die Zunahme der Beschäftigung resultiert allein aus der Schaffung von Teilzeitstellen, Leiharbeit und prekärer Beschäftigung. Inzwischen arbeiten fast 13 Millionen Menschen in Teilzeit, und rund 5 Millionen von ihnen haben nur einen Minijob mit einem Einkommen von maximal 450 Euro im Monat. Noch aufschlussreicher als der Blick auf die Köpfe ist der auf die tatsächlich gearbeiteten Stunden: Das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen ist fast unverändert. Immer mehr Menschen sind daher von einer neuen Form der Arbeitslosigkeit betroffen, der Unterbeschäftigung. Die Betroffenen haben einen Teilzeitjob, sie würden aber gerne länger arbeiten. Der Arbeitsmarkt ist tief gespalten.*~~

~~*Besonders betroffen von dieser Spaltung des Arbeitsmarktes sind Beschäftigte nichtdeutscher Herkunft, die von prekären und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen weit überdurchschnittlich betroffen sind. Unverändert ist nach wie vor die Benachteiligung von Frauen.*~~

~~*Sie bekommen im Durchschnitt deutlich geringere Löhne als Männer und leisten den überwiegenden Teil der unbezahlten Sorge- und Eigenarbeit.*~~

~~*Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Gute Arbeit für alle ist das zentrale Ziel von DGB und den Mitgliedsgewerkschaften. Die Verwirklichung dieses Zieles ist an vier Voraussetzungen gebunden: Eine vollbeschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, eine neue Ordnung der Arbeit, eine geschlechtergerechte Arbeitswelt sowie den Ausbau von Wirtschaftsdemokratie.*~~

-

~~***Vollbeschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik***~~

~~*Gute Arbeit, gute Entlohnung und eine vernünftige Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze, sondern ganz im Gegenteil bedingen sie einander. Wirtschaftspolitische Konzepte, die die Bedeutung volkswirtschaftlicher Nachfrage ausblenden oder vernachlässigen, sind spätestens mit der Krise gescheitert. Es gilt, Nachfrage wieder in den Mittelpunkt von Wirtschaftspolitik zu rücken und für mehr Beschäftigung zu sorgen:*~~

- ~~*Löhne und Gehälter sind wichtige Nachfragekomponenten, die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen ist Voraussetzung für deren Produktion, für Arbeit, für Investitionen und für die Weiterentwicklung von Produktionsmethoden. Durch abnehmende Tarifbindung und einen ausufernden Niedriglohnsektor ist die Nachfrage durch Löhne und Gehälter in Deutschland seit Jahren hinter dem Notwendigen zurückgeblieben. Der Kampf gegen Niedriglöhne und für höhere Tariflöhne ist daher auch wirtschaftlich vernünftig. Dies gilt auch und gerade vor dem Hintergrund der enormen wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die sich im Euroraum aufgebaut und diesen in eine Krise geführt haben. In Deutschland muss die jährliche Lohnentwicklung wieder mindestens dem Produktivitätswachstum plus der Inflationsrate entsprechen.*~~
- ~~*Auch Staatsausgaben sind wichtige Nachfragekomponenten. Dies gilt sowohl für so genannte konsumtive Ausgaben als auch für dringend notwendige Investitionen etwa in die Energiewende, in Bildung und in soziale Dienstleistungen. „Schuldenbremse", „Fiskalpakt" und Haushaltskürzungen erweisen sich vor diesem Hintergrund als Maßnahmen wirtschaftlicher Unvernunft, die dem Ziel der Vollbeschäftigung entgegenstehen. Die Staatsausgaben müssen daher im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des Bundes und der Länder ansteigen.*~~
- ~~*Auch die Nachfragekomponente der Unternehmensinvestitionen ist in Deutschland seit Jahren hinter dem eigentlich Notwendigen zurückgeblieben. Der Versuch, durch die Senkung von Kosten und Löhnen Unternehmen zum Investieren anzuregen, ist gescheitert: Nicht Investition, sondern Spekulation war die Folge. Unternehmen investieren nur dann in realwirtschaftliche Anlagegüter, wenn sie mit mehr Nachfrage nach ihren Produkten rechnen können. Höhere Löhne und öffentliche Ausgaben sind daher auch für mehr Investitionen der Unternehmen eine wesentliche Bedingung.*~~

- *Bis 1973 herrschte in Deutschland Vollbeschäftigung. Seitdem ist das pro Erwerbswilligem vorhandene Arbeitsvolumen um rund ein Viertel zurückgegangen. Gleichzeitig liegt die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten unverändert bei 40 Stunden in der Woche. Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Branchen, so gilt in großen Bereichen der Industrie seit Mitte der 90er Jahre die 35-Stunden-Woche. Seitdem wurde das sinkende Arbeitsvolumen nicht mehr durch kollektive Arbeitszeitverkürzungen auf alle Beschäftigten sondern auf einen Teil der Bevölkerung in Form von Arbeitslosigkeit und unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung verteilt. Eine kollektive Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich in allen Formen ist ein wichtiges Mittel gegen diese Fehlentwicklungen. Gerade der Einsatz von Kurzarbeit und Arbeitszeitkonten in der Wirtschaftskrise 2009 hat gezeigt, wie wirksam kürzere Arbeitszeiten sind, um Stellenabbau zu verhindern.*
- *In der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist ein Kurswechsel hin zu nachhaltig wirksamen und langfristigen Maßnahmen nötig. Die Qualifizierung von Arbeitslosen sollte sich auf den Erwerb von Berufsabschlüssen mit guten Perspektiven konzentrieren. Das Absolvieren von kurzfristigen Maßnahmen wie mehrfachen Bewerbungstrainings ist für die Betroffenen meist sinnlos und schönt nur die Arbeitslosenstatistik. Vor dem Hintergrund der Debatte um Fachkräfteengpässe besteht zudem auch kein Bedarf an noch mehr geringqualifizierten Arbeitskräften.*
- *Für Langzeitarbeitslose gibt es kaum Chancen auf reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Daher brauchen wir einen öffentlichen Beschäftigungssektor („sozialer Arbeitsmarkt") mit fairen Bedingungen. Unzweifelhaft gibt es enorme gesellschaftliche Bedarfe zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege, Gesundheit. Hier könnten Langzeitarbeitslose sinnvoll bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden auf freiwilliger Basis zu regulären, tariflichen Bedingungen beschäftigt werden. Diese Beschäftigung muss allerdings zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein, d.h. sie darf reguläre Beschäftigung nicht verdrängen. Eine Beschäftigung bei privaten Arbeitgebern scheidet somit aus, da diese automatisch zu Wettbewerbsverzerrungen führt: Ein Unternehmen, das kostenlose Arbeitskräfte vom Staat erhält, kann deutlich günstiger anbieten als seine Wettbewerber. Um eine Verdrängung von regulärer Beschäftigung bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden zu vermeiden, sollten in den*

~~*Landkreisen Ausschüsse der Sozialpartner einstimmig über die Einrichtung entsprechender Arbeitsplätze entscheiden.*~~

- ~~*Jahr für Jahr gelingt vielen Schulabgängern nicht der Übergang in Ausbildung. Das Angebot an Ausbildungsstellen reicht bei weitem nicht aus. Daher brauchen wir ein Recht auf Ausbildung für die Jugend. Zur Gewährleistung dieses Rechtes bietet sich die Einführung von gesetzlich verbindlichen Branchenfonds nach dem Vorbild des Baugewerbes an: Alle Unternehmen zahlen hier in einen gemeinsamen Topf ein. Diese Mittel werden dann an ausbildende Betriebe verteilt. Dies führt zu einer deutlichen Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes.*~~

-

~~***Neue Ordnung der Arbeit***~~

~~*Der deutsche Arbeitsmarkt ist nach drei Jahrzehnten neoliberaler Deregulierung, nach dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und der Verbandsflucht vieler Arbeitgeber in Unordnung. Für viele junge Menschen ist ein unbefristeter Arbeitsvertrag unerreichbar. Leiharbeit und Werkverträge werden oftmals zum Lohndumping missbraucht. Jede/r vierte Beschäftigte erhält nur einen Niedriglohn. Immer mehr Erwerbstätige müssen ergänzend Hartz-IV beziehen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht: In Niedersachsen beziehen 127.000, in Sachsen-Anhalt 66.000 und in Bremen 19.000 Erwerbstätige ergänzend Hartz IV. Das muss sich ändern. Ein dauerhafter Arbeitsplatz mit guter Bezahlung muss wieder zur Norm werden:*~~

- ~~*Deutschland braucht umgehend einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn auf der Einstiegshöhe von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Nach der Einführung muss er jährlich an die durchschnittliche Entwicklung der Preise und Reallöhne angepasst werden. Durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen muss die Schaffung weiterer tarifgeschützter Branchenmindestlöhne erreicht werden.*~~
- ~~*Der Missbrauch der Leiharbeit muss beendet werden: Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer beim Entgelt und allen weiteren Arbeitsbedingungen mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb vom ersten Tag an gleichstellen, das Synchronisationsverbot wiederherstellen, den Streikbrecher Einsatz verbieten und die Überlassungsdauer auf eine klar bestimmte Zeit begrenzen.*~~
- ~~*Der Missbrauch von Werkverträgen muss unterbunden werden. Werkverträge sollten gesetzlich eindeutig von*~~

~~*abhängiger Beschäftigung abgegrenzt werden. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Vergabe von Werkverträgen müssen gestärkt werden.*~~

- ~~*Alle Arbeitsverhältnisse müssen ohne Ausnahme ab dem ersten Euro sozialversicherungspflichtig sein. Bei niedrigen Einkommen unter 800 Euro sollten die Beiträge der Arbeitgeber höher sein.*~~
- ~~*Eine Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne sachlichen Grund darf nicht mehr möglich sein.*~~
- ~~*Zu einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt gehört auch, das Prinzip „gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort" für so genannte mobile Beschäftigte durchzusetzen. Gemeint sind damit Kolleginnen und Kollegen überwiegend aus Osteuropa, die zeitlich befristet in Deutschland arbeiten – etwa in der Fleischindustrie, am Bau, in der Metallindustrie, in Wäschereien, in der häuslichen Pflege oder in der Landwirtschaft. Mindestlöhne und Tarifbindung müssen auch für sie zur Norm werden. Auch ihre oft inakzeptablen Wohnverhältnisse, die Teil des Ausbeutungsmodells vieler Unternehmen und Vermittlerinstitutionen sind, müssen drastisch verbessert werden. Um mobile Beschäftigte mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland gleichzustellen, braucht es in diesem Bereich Vorschriften, die ihnen mindestens das im sozialen Wohnungsbau geforderte Wohnniveau sichern.*~~
- ~~*Das geltende Recht und die Arbeitswirklichkeit dürfen nicht auseinanderfallen. Gewerbeaufsicht und Zoll als zuständige Kontrollbehörden müssen personell viel besser ausgestattet werden. Die Strafen und Bußgelder bei illegaler Beschäftigung für Arbeitgeber müssen drastisch erhöht werden. Bei der gegenwärtigen Rechtslage ist der Ertrag systematischer Ausbeutung von Beschäftigten oftmals höher als die im Entdeckungsfall zu zahlenden Strafgelder.*~~

~~*Geschlechtergerechte Arbeitswelt*~~

~~*Die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt hat sich nicht signifikant verbessert. Für einen großen Teil der Frauen ist es nicht möglich, mit ihrem Einkommen ihre Existenz zu sichern. Frauen sind überproportional häufig in Minijobs sowie befristeter Beschäftigung tätig und verdienen pro Arbeitsstunde durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Seit 1991 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 2 Millionen angewachsen, das Arbeitsvolumen blieb aber unverändert. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist sowohl für Frauen als*~~

~~auch für Männer oftmals nicht gegeben. Viele vollzeitbeschäftigte Männer wünschen sich kürzere Arbeitszeiten, während rund die Hälfte der teilzeitbeschäftigen Frauen ihre Arbeitszeit gerne ausweiten würde.~~

- ~~Um die unmittelbare Diskriminierung zügig zu überwinden, brauchen wir transparente Entgeltstrukturen in Betrieben und Dienststellen. Wenn eine Frau mit gleicher Qualifikation auf gleicher oder vergleichbarer Position arbeitet wie ihre Kollegen, gibt es für Entgeltdifferenzen keine Begründung. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz müssen Betriebe und Dienststellen verpflichtet werden, ihre Entgeltstruktur zu überprüfen mit dem Ziel, diskriminierende Elemente zu beseitigen. Die gesellschaftliche Entgeltdiskriminierung von Frauen kann aber nur bei gleichzeitiger Aufwertung frauendominierter Berufe und personennaher Dienstleistungen erfolgen.~~
- ~~Hinter der enormen Annäherung der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern verbergen sich tiefgreifende Unterschiede. Hier ist vor allem auf die unterschiedlichen Arbeitsvolumina hinzuweisen, die beide Geschlechter im Laufe ihres Lebens ableisten. Zur Angleichung dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsvolumina ist ein Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit bzw. auf befristete Teilzeit vonnöten. Um zu einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen zu kommen, muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Dazu werden flexible Arbeitszeitmodelle und eine hochwertige Kinderbetreuung benötigt. Das Betreuungsgeld muss gestrichen werden.~~
- ~~Frauen müssen auf allen Hierarchieebenen repräsentiert sein - mindestens ihrem Anteil entsprechend im Unternehmen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten.~~
- ~~Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist erst erreicht, wenn Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen - unabhängig vom Geschlecht und stereotypen Rollenzuschreibungen. Hierzu müssen Erwerbsarbeit und unbezahlte Sorgearbeit geschlechtergerecht verteilt werden.~~

–

~~Wirtschaftsdemokratie~~

~~Zu Guter Arbeit gehören nicht zuletzt auch betriebliche Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie. Unter Wirtschaftsdemokratie verstehen wir Verfahren, durch die in den Unternehmen an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten. Mit einer demokratischen Freiheitsordnung ist~~

~~*es nicht vereinbar, wenn die Menschen am Arbeitsplatz nur Objekt fremder Entscheidungsgewalt sind. Sie müssen hier bei allen Angelegenheiten mitentscheiden können. Unternehmerische Entscheidungen, die oftmals die berufliche Existenz von Tausenden betreffen, dürfen nicht ohne Beteiligung der Beschäftigten erfolgen. Wirtschaftsdemokratie lässt Teilhabe an Demokratie unmittelbarer erfahrbar werden.*~~

- ~~*Die Beteiligung von Betriebsräten auf allen Ebenen – Betrieb, Unternehmen, Konzern – ist bisher ein Herzstück und Erfolgsmodell der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Es gilt, sie zu stärken und auszubauen. Auf Unternehmensebene gibt es jedoch – mit Ausnahme der wenigen Betreibe der Montanindustrie – keine gleichberechtigte Mitbestimmung der Beschäftigten. Die paritätische Mitbestimmung der Montanindustrie sollte daher auf alle Branchen ausgeweitet werden.*~~

-

~~***Soziale Sicherheit in allen Lebenslagen***~~

~~*Ein starker und solidarischer Sozialstaat ist ein unverzichtbares Korrektiv – Märkte alleine sorgen weder für sozialen Ausgleich noch für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an Produktion und Gesellschaft. Die Entwicklung der Sozialstaatlichkeit in Deutschland aber ist seit vielen Jahren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, von Abbau und Rückführung sozialer Leistungen geprägt. Soziale Ungleichheit und Ausgrenzung nehmen auch vor diesem Hintergrund zu: Wenige haben immer mehr, während viele immer weniger haben. Für immer mehr Rentnerinnen und Rentner reichen die Altersbezüge nicht für ein gutes Leben. Die wachsende Armut ist ein zentrales Problem unserer Gesellschaft. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist ein Ausbau der sozialen Sicherung in Deutschland an der Tagesordnung:*~~

- ~~*Das Rentenniveau wurde abgesenkt, die Erwerbsminderungsrente verschlechtert, das Renteneintrittsalter angehoben. Dieser Rentenabbau der Vergangenheit muss gestoppt und umgekehrt werden. Zukünftig muss das Rentenniveau mindestens auf dem heutigen Stand gehalten werden. Die Erwerbsminderungsrente muss wieder ausgebaut werden. Die Rente mit 67 muss zurückgenommen werden, außerdem brauchen wir frühzeitigere, flexiblere Ausstiege aus dem Berufsleben vor Erreichen des regulären Rentenalters. Das Ziel zukünftiger Rentenpolitik muss ein menschenwürdiges Leben im Alter für alle*~~

~~*sein – auch für die, die es nicht schaffen, bis 67 zu arbeiten.*~~

- ~~*Gesundheits- und Pflegeversicherung müssen gute Leistungen für die Versicherten und faire Arbeitsbedingungen für die in diesen Bereichen Beschäftigten bieten. Sie müssen materiell entsprechend ausstattet sein. Zur Finanzierung der notwendigen Leistungsverbesserungen bei Arbeitslosigkeit, Rente, Gesundheit und Pflege ist die Einführung einer allgemeinen Bürgerversicherung erforderlich. Diese erfasst alle Einwohner mit allen Einkunftsarten ohne Beitragsbemessungsgrenze.*~~
- ~~*Der Anteil der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld I erhalten, ist stark gesunken. Viele Beitragszahler erhalten nie ALG I, da sie immer wieder kürzer als ein Jahr beschäftigt sind. Daher muss der Zugang erleichtert werden. Bereits nach 6 Monaten Beschäftigung muss ein Anspruch auf ALG I entstehen. Außerdem muss die Bezugsdauer von ALG I für langjährige Beitragszahler wieder auf maximal 32 Monate ausgeweitet werden.*~~
- ~~*Hartz-IV hat sich nicht bewährt und muss reformiert werden: Die Regelsätze für das ALG II sind nicht bedarfsdeckend und müssen deutlich angehoben werden. Die Erstattung der Wohnkosten muss in angemessener Höhe erfolgen. Diese hat sich nach dem tatsächlich verfügbaren Wohnraum und den Preisen bei Neuvermietung zu richten. Sanktionen, die das physische Existenzminimum (zwei Drittel des Regelsatzes) oder die Kosten der Unterkunft betreffen, darf es nicht mehr geben. Die Vermittlung in Arbeit muss die nachhaltige Überwindung von Armut zum Ziel haben. Daher darf nicht mehr die schnelle Vermittlung in prekäre Beschäftigung – vor allem Leiharbeit - im Vordergrund stehen. Es dürfen nur noch solche Arbeitsverhältnisse als zumutbar gelten, die tariflich entlohnt werden und der Qualifikation des Arbeitslosen entsprechen. Bis zur Umsetzung dieser Reformen sollte ein Sanktionsmoratorium verhängt werden.*~~
- ~~*In vielen Großstädten herrscht akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Massive öffentliche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau sowie die Förderung von Wohnungsgenossenschaften sind daher nötig. Außerdem brauchen wir eine strikte gesetzliche Begrenzung von Mieterhöhungen – sowohl bei Bestandsmieten als auch bei Neuvermietungen.*~~

~~***Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst***~~

~~*Öffentliche Dienstleistungen, gut funktionierende Verwaltungen, ein sicherer Wohn- und Lebensraum sowie ein breites Angebot an Bildung und Mobilität sind eine wichtige Grundlage für eine hohe Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt erwartet daher von den Landesregierungen, dass sie in einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst investieren und die Privatisierung öffentlicher Aufgaben stoppen. Darüber hinaus ist der Einsatz von Leiharbeit für Pflichtaufgaben der Länder zu unterbinden. Eine Landesregierung kann nur effektiv handeln, wenn sie sich auf eine gut ausgebildete, motivierte Landesverwaltung stützen kann. Die Beschäftigten brauchen Perspektiven für ihre Arbeitsplätze, brauchen eine Landesregierung, die ihnen Perspektiven zur Entwicklung der Behörden- und Aufgabenstruktur aufzeigt, und sie brauchen eine Landesregierung, die ihnen die Wertschätzung für geleistete Arbeit spüren lässt. Eine Beteiligung der Beschäftigten in „Augenhöhe" bei der Weiterentwicklung der Behörden- und Aufgabenstruktur ist zwingend erforderlich.*~~

~~*Der Öffentliche Dienst braucht eine nachhaltige Personalausstattung, um seine Aufgaben sachgerecht wahrnehmen und gute Dienstleistungen erbringen zu können. Stellen- und Ausgabenkürzungen sowie Verwaltungsreformen ohne Aufgabenkritik oder Beteiligung der Beschäftigten führen zu schlechteren Dienstleistungen für die Bevölkerung und zu einer hohen Arbeitsverdichtung bei den Beschäftigten. Einen weiteren Stellenabbau in den Landesverwaltungen in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt lehnen wir ab. Wir fordern, dass sowohl die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte um eine Unterrichtsstunde auf 24,5 Stunden zum Schuljahr 2014/15 in Niedersachsen als auch die Aussetzung der Altersermäßigung für alle Lehrkräfte wieder zurückgenommen wird. Beide Maßnahmen stellen eine Arbeitszeitverlängerung dar und mindern die Einstellungschancen des Berufsnachwuchses erheblich. Zur Finanzierung der Personalkosten ist vor dem Hintergrund der Schuldenbremse eine verbesserte Einnahmesituation der Länder anzustreben.*~~

~~*Die Länder als Arbeitgeber sind gefordert, zukünftig in der Landesverwaltung verstärkt auszubilden. Qualifizierter Nachwuchs wird aufgrund der demografischen Entwicklung zum knappen Gut, außerdem haben die Länder bei der Qualifizierung junger Menschen Vorbildfunktionen. Das schließt eine angemessene Bezahlung während Ausbildung oder Studium ein. Erforderlich ist eine konzeptionelle Nachwuchsgewin-*~~

~~*nung, die auf aussagekräftigen Personalstrukturanalysen basiert und nicht von Finanz -engpässen gesteuert wird.*~~

~~*Im Rahmen der Föderalismusreform ist den Ländern die Gesetzgebungskompetenz für das Beamtenrecht übertragen worden. Das verheerende Auseinanderdriften in besoldungs-, versorgungs- und laufbahnrechtlichen Fragen in den einzelnen Bundesländern ist nicht weiter tragbar. Der DGB fordert von den drei Ländern Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt sich im Bundesrat für eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Strukturen einzusetzen.*~~

~~*Der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt fordert weiterhin die Anwendung des Grundsatzes „Besoldung folgt Tarif": Tarifergebnisse sind zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Die Tarifrunde der Länder im Jahr 2013 hat einmal mehr gezeigt, dass dies nicht mehr selbstverständlich ist. In Niedersachsen und Sachsen-Anhalt kam es zu einer zeitversetzten Übernahme des Tarifabschlusses und in Bremen zu einer nach Besoldungsgruppen gestaffelten Übernahme. Diese Diskriminierung unserer Kolleginnen und Kollegen nehmen wir nicht weiter hin. Das heißt vor dem Hintergrund der Schuldenbremse aber auch, dass sich die Besoldungsstruktur nicht an der Haushaltssituation orientieren darf, sondern den Anforderungen im jeweiligen Amt entsprechen muss. So muss z.B. auch die leistungsorientierte Bezahlung in die Besoldungstabellen eingearbeitet werden. Wir halten außerdem an unserer Forderung nach der Wiedereinführung der Sonderzahlungen weiter fest.*~~

~~*Außerdem fordert der DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt weiterhin die Abschaffung bzw. Nichteinführung der Pension mit 67 sowie eine Neugestaltung der Altersteilzeit in Block- und Teilzeitmodellen. Dabei muss es auch um die Entwicklung neuer Modelle alternsgerechten Arbeitens und des flexiblen Übergangs in den Ruhestand bei Sicherung eines angemessenen Versorgungsniveaus gehen. Die bisherigen Altersteilzeitmodelle sind dahingehend zu verbessern, dass ein früherer Einstieg und eine hinreichende finanzielle Ausstattung für die Kolleginnen und Kollegen gewährleistet sind. Um eine ausgewogene Altersstruktur zu erreichen, bedarf es einer vorausschauenden Personalplanung und hinreichenden Einstellungsmöglichkeiten. Für die nachhaltige Finanzierung der Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten haben die Länder Vorsorge zu tragen.*~~

~~*Der DBG Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt setzt sich für die verstärkte Einstellung von Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst ein fordert die Länder auf, Konzepte zu erarbeiten, die diese Forderung langfristig sichern.*~~

~~*Die Verwaltungsmodernisierung der letzten Jahre hat gezeigt, dass eine prozessbegleitende Mitbestimmung der Interessenvertretung auf Augenhöhe notwendig ist. Bei der derzeit laufenden Reform des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes z.B. setzt sich der DGB insbesondere für mehr Mitbestimmungsrechte, auch in wirtschaftlichen Fragen durch einen paritätisch besetzten Wirtschaftsausschuss analog des Betriebsverfassungsgesetzes, und höhere Freistellungsstaffeln ein. Aus Sicht des DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt ist es außerdem notwendig eine Evaluierung und Weiterentwicklung der niedersächsischen Beteiligungsvereinbarung vorzunehmen, damit die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen rechtzeitig und umfassend informiert werden. In Niedersachsen bedarf es einer Fort- und Weiterentwicklung der Vereinbarungen gem. § 81 NPersVG. Für Bremen und Sachsen-Anhalt fordert der DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt die Einführung einer ähnlichen Vereinbarungsmöglichkeit mit dem Arbeitgeber Land. Die regelmäßigen beamtenpolitischen Spitzengespräche und Beteiligungsrechte durch frühzeitige Information und die Erweiterung des förmlichen Beteiligungsverfahrens müssen sowohl in Niedersachsen als auch in Bremen und Sachsen-Anhalt durch den Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge zumindest in den Bereichen Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht ergänzt werden.*~~

~~***Nachhaltige Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik***~~

~~*Die neoliberale Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik der Vergangenheit setzte einseitig auf Marktradikalismus – und hat zu mehr sozialer Ungleichheit, zu ökonomischen wie auch ökologischen Krisen und zu einer Schwächung demokratischer Prozesse geführt. Zukunft braucht eine andere Politik. Eine der zentralen Lehren aus der Krise muss sein: Deutschland und Europa brauchen eine aktive Politik zur Gestaltung und Entwicklung von Industrie, Handwerk und Dienstleistungen. Und Unternehmen brauchen angemessene und leistungsfähige Produktions- wie auch Finanzierungsbedingungen.*~~

~~*Ziel einer aktiven Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik darf kein Wettbewerb um möglichst niedrige Löhne und möglichst schlechte Arbeitsbedingungen, sondern muss ein Wettbewerb um Qualität sein. Ein solcher Wettbewerb beruht einzelwirtschaftlich auf umfassender Tarifbindung und gesamtwirtschaftlich auf einer Stärkung der Binnennachfrage sowie einer aktiven Ordnungspolitik. Eine qualifizierte und motivierte Fachkräftebasis ist eine weitere Grundvoraussetzung eines Wettbewerbs um Qualität. Um sie zu sichern, sind eine gute Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und beständige Aus- und Weiterbildungsaktivitäten die allerersten und wichtigsten Voraussetzungen.*~~

- ~~*Innovative und qualifizierte Beschäftigung braucht Sicherheit und Stabilität. Die Förderung Guter Arbeit wird damit zu einem zentralen Bestandteil von Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik. Dies kann gewährleistet werden, indem die öffentliche Hand beispielsweise bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Vergabe von Wirtschaftsfördermitteln die Einhaltung bestimmter sozialer Kriterien zur Voraussetzung macht. Zu denken wäre dabei etwa an Tarifbindung, Mitbestimmung oder Höchstquoten für Leiharbeit.*~~
- ~~*Ein weiteres wichtiges Instrument einer aktiven Industrie- und Dienstleistungspolitik sind öffentliche Beteiligungen von Bund oder Ländern an Unternehmen. Die niedersächsischen Landesbeteiligungen an der Volkswagen AG, an der Salzgitter AG, an der NordLB, an der Messe AG sowie am Flughafen Hannover-Langenhagen haben sich bewährt.*~~
- ~~*Wesentlicher Bestandteil einer zukunftsgerichteten Dienstleistungspolitik sind öffentliche Dienstleistungen. Seien es Wissenschaft und Forschung, Erziehung und Bildung, Gesundheit und Pflege, öffentlicher Verkehr und innere Sicherheit – sie alle sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft, sie sind zentrale Elemente des Dienstleistungssektors, und sie alle werden in weiten Teilen oder ausschließlich durch öffentliche Einrichtungen erbracht. Leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen schaffen unverzichtbare Rahmenbedingungen für Beschäftigung und für die Produktion von Waren und Dienstleistungen. In den letzten 20 Jahren ist allerdings jeder dritte Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst weggefallen, Leistungsverschlechterung war oft die Folge. Zur Steigerung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen ist wieder mehr Personal bei Bund, Ländern und Kommunen nötig.*~~

- *Die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für eine innovative und leistungsfähige industrielle Produktion kann kaum überschätzt werden. Unternehmen und Betriebe sind gefordert, in Forschung und Entwicklung zu investieren und das innovative Potential der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen. Zugleich müssen Innovationen als wesentlicher Bestandteil einer aktiven Industrie- und Dienstleistungspolitik verstanden werden.*
- *Eine leistungsfähige Infrastruktur bildet die Grundlage volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Betriebe aus Industrie, Handwerk und Dienstleistungen sind auf Mobilität, Transport und Kommunikation angewiesen. Mobilität muss ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig gestaltet werden. Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen zu erhalten und an sich wandelnde Anforderungen anzupassen, ist eine zentrale öffentliche Aufgabe.*
- *Produktion in Industrie und Handwerk braucht verlässliche und bezahlbare Energie. Es gilt, die Energiewende erfolgreich umzusetzen; sie bietet enorme Chancen für neue Arbeitsplätze, für den Klimaschutz und für die Einsparung von Energie. Ihre bisherige Umsetzung weist allerdings erhebliche Mängel auf. Die Energiewende ist sozial zu gestalten und muss bezahlbare Energiepreise für Unternehmen und Privathaushalte gewährleisten. Dazu braucht es eine neue Gesamtarchitektur, die auch den Verkehrs- und den Wärmesektor berücksichtigt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss Grundlage des Ausbaus der erneuerbaren Energien bleiben, aber zukünftig stärker als bisher Kosteneffizienz und Planungssicherheit garantieren. Heutige energiewirtschaftliche Anforderungen sind dabei zu berücksichtigen.*
- *Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik haben immer auch eine regionale Komponente. Die Situation und Perspektiven von Stadtregionen und ländlichen Regionen einerseits, stärkeren und schwächeren Regionen andererseits sind in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt sehr unterschiedlich. Die demographische Entwicklung droht diese Unterschiede tendenziell zu verstärken. Gleichwohl müssen gleichwertige Lebensverhältnisse und funktionierende Wirtschaftsstrukturen weiterhin oberste Ziele regionaler Strukturpolitik bleiben.*

-

Öffentliche Haushalte angemessen und gerecht finanzieren

Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht eine ausreichende Finanzierung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Ein aktiver

~~*Staat benötigt Einnahmen, um leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen, funktionsfähige Infrastrukturen und öffentliche Investitionen, gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit gewährleisten zu können. Dazu ist eine Steuerpolitik notwendig, die entsprechende Einnahmen generiert.*~~

~~*Steuerpolitik ist zugleich aber mehr als das: Sie ist auch ein Instrument, um Wohlstand umzuverteilen. Sie muss die in den letzten Jahren und Jahrzehnten drastisch angestiegene Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen umkehren und für stärkeren sozialen Ausgleich sorgen.*~~

~~*Ein stärkerer sozialer Ausgleich und eine adäquate Finanzierung der öffentlichen Haushalte setzt ein ganzes Bündel an steuerpolitischen Maßnahmen voraus:*~~

- ~~*Wir brauchen einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer.*~~
- ~~*Wir brauchen eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen, Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und Privatvermögen.*~~
- ~~*Wir brauchen sofort eine Finanztransaktionssteuer; sie generiert dringend benötigte Einnahmen und hilft zugleich, Zockerei an den Finanzmärkten einzudämmen.*~~
- ~~*Wir brauchen eine stärkere Entlastung jener Menschen, deren Belastung durch Steuern und Abgaben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat: Wir brauchen eine Entlastung unterer und mittlerer Einkommen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir ab, da sie relativ zum Einkommen genau diese Menschen überproportional trifft.*~~
- ~~*Wir brauchen eine Reform des Ehegattensplittings, die sich heutigen familienpolitischen Realitäten stellt und sich vom überkommenen Modell des männlichen Alleinverdieners verabschiedet.*~~
- ~~*Steuerflucht und Steuerhinterziehung sind scharf zu bekämpfen, Steuerschlupflöcher sind zu stopfen, Steueroasen zu schließen. Das Personal im Steuervollzug ist deutlich auszuweiten. Perspektivisch sind Anreize zu schaffen, die den heute bestehenden föderalistischen Wettbewerb um einen möglichst moderaten Steuervollzug beenden.*~~

~~*Eine solche Steuer- und Finanzpolitik passt sich ein in eine Wirtschaftspolitik, die wieder die volkswirtschaftliche Nachfrage in den Mittelpunkt rückt.*~~